

Jörg Schönbohm

Vortrag in Kairo am 30. Oktober 2011

Der Weg zur ägyptischen Demokratie. Erkenntnisse aus dem deutschen Wiedervereinigungsprozess.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

haben Sie herzlichen Dank für die Einladung, an Ihrer Konferenz teilzunehmen und den Eröffnungsvortrag zu halten. Ich fühle mich dadurch geehrt und verpflichtet zugleich. Zunächst lassen Sie mich Ihnen und Ihren Mitbürgern danken für die Art und Weise, wie Sie den Wechsel in Ihrem geschichtsmächtigen und traditionsreichen Land vollbracht haben. Hierzu gratuliere ich Ihnen von ganzem Herzen. Ich finde es bemerkens- und anerkennenswert, dass Sie diese Konferenz zu diesem Thema in so turbulenter Zeit veranstalten. Darum möchte ich mich vor allem bei den ägyptischen Gastgebern bedanken.

Die Bürger und ihr Streben nach Freiheit haben gesiegt und jetzt gilt es für Sie, die Früchte dieses Siegs klug zu nutzen für ein Leben in Würde, Recht und Freiheit, um einen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen und der Jugend eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Sie haben eine leistungsfähige und leistungsbereite Jugend. Diese Jugend wird Ihr Land weiter aufbauen und die Verpflichtungen aus den grundlegenden Veränderungen für die Zukunft übernehmen. Mir haben nach der Wende in Brandenburg Mitbürger immer wieder gesagt: „Wir Älteren haben es jetzt schwer, aber unsere Kinder werden es besser haben – und dafür arbeiten wir jetzt!“

Es könnte einem schier schwindlig werden bei der Vielzahl der zu lösenden Aufgaben, aber Ägypten ist ein großes Land mit reichhaltigen Erfahrungen und einer großen Geschichte, so dass Sie mit Zuversicht an diese Aufgaben gehen können. Die Tagesordnung der Veranstaltung deutet mit ihren Themen die Komplexität der zu lösenden Aufgaben an. Wenn ich aus den Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung vortrage, so berichte ich als Zeitzeuge, der als GenLt Heer, Lw. und Marine der NVA sowie die Grenztruppen übernommen und aufgelöst hat, der neue Truppenteile der BW mit ehemaligen NVA-Angehörigen aufgebaut hat und danach Inspekteur des Heers war und anschließend als Staatssekretär für 4 Jahre Verantwortung für die Sicherheitspolitik, Bundeswehrplanung und das militärische

Nachrichtenwesen trug. Von Januar 1996 war ich fast 3 Jahre Innensenator von Berlin und in dieser Funktion verantwortlich u.a. für die Polizei und die öffentliche Verwaltung der ehemals geteilten Hauptstadt. Jetzt arbeiteten Polizisten aus West und Ost und ebenso Beamte gemeinsam miteinander. Anschließend war ich im Bundesland Brandenburg – ebenfalls ehemals DDR – 7 Jahre Stv. MP und 10 Jahre Innenminister. Aus dieser Verantwortung heraus kann ich die Nachwirkungen des Systems der DDR bewerten. Ich werde darauf gleich zu sprechen kommen.

Lassen Sie mich doch ganz kurz die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Ägypten klar machen. In beiden Ländern waren es die mutigen Bürger, die furchtlos auf die Straße gingen und die jeweiligen Regime zum Einsturz brachten. Daraus ergeben sich Anspruch und Erwartungshaltung der Bevölkerung an die neuen Machthaber. Die politisch Verantwortlichen hingegen stehen vor der schwierigen Aufgabe, Hoffnungen der Demonstranten und tatsächliche Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen.

Die deutsche Einheit erreichten wir nach dem Sturz des DDR-Regimes mit Zustimmung unserer Nachbarn und der Weltmächte – Sie haben Ihre dramatischen Veränderungen ohne äußere Mitwirkung vollzogen.

Im Unterschied zu Ägypten hatten die Ostdeutschen die Bundesrepublik, die Ihnen mit Ressourcen, Personal, Fachkenntnissen und erheblichen Finanzmitteln zur Hilfe kam. Die ostdeutschen Bürger erzwangen den Regimewechsel, konnten aber den Aufbau und die Transformation mit Hilfe ihrer Landsleute aus dem Westen voranbringen. Deutschland fand durch die Einheit wieder als Nation in einem Staat zusammen. Sie sind über Jahrtausende ein Volk und eine Nation, das ungeteilt war und jetzt aus eigener Kraft die Aufgaben der Transformation voranbringt. Sie werden Unterstützung von außerhalb nur erhalten, wenn Sie es denn wollen. Sie wissen aber auch, dass Ihre Freunde bereit sind Ihnen zu helfen, wenn Sie es wünschen.

Dennoch können die Erfahrungen aus unserem Prozess der Wiedervereinigung hilfreich sein, wobei ich weiß, dass Sie Ihre Entscheidungen treffen müssen aufgrund Ihrer Lage, der kulturellen und historischen Zusammenhänge. Wir können Ihnen also keine Blaupause anbieten, sondern lediglich Hinweise aus unseren Erfahrungen heraus geben.

Lassen Sie mich noch kurz eine **weitere Besonderheit** eingehen. In der DDR wartete die NVA die friedliche Revolution ab, sie wurde zwar von dem untergehenden Regime

für einen Einsatz gegen die Demonstranten bereitgehalten, aber nicht mehr eingesetzt. Die NVA wurde nach der Einheit aufgelöst und ein Teil ihrer Soldaten in die BW übernommen. Sie wissen besser als ich, dass hier die Streitkräfte eine andere gestaltende Rolle gespielt haben und heute Garant für die Demokratisierung, die Vorbereitung und Durchführung von freien und geheimen Wahlen und einer verfassungsgebenden Versammlung sind.

Worum geht es also?

Lassen Sie mich an Hand unserer Erfahrungen einige Themenbereiche nennen.

Sie müssen entscheiden, ob Sie den Wandel mit den alten Kadern, einem Teil von Ihnen oder mit einem kompletten Neuanfang wagen wollen.

Im politischen Bereich stellten sich bei der ersten freien Wahl Politiker des ehemaligen Regimes, Bürgerrechtler und Bürger aller Schichten zur Wahl. Die ehemalige Staatspartei der DDR wurde unter anderem Namen weiter geführt. Die alten Führungskader wie Honecker und Krenz wurden verurteilt und schieden aus der Partei aus. Die Partei mit neuem Namen, aber weitgehend dem alten Personal, den Immobilien und Finanzmitteln stellte sich 1991 mit den anderen Parteien zur Volkskammerwahl. Mit Hilfe aus der Bundesrepublik gründeten sich neue Parteien nach dem Muster des Westens. Diese Parteien stellten sich nach einer kurzen Konsolidierungsphase den Wählern. Sie mussten die organisatorischen und rechtlichen Bedingungen erfüllen, um zur Wahl zugelassen zu werden. Nach meiner Kenntnis ist keiner der neu gegründeten Parteien die Teilnahme an der Wahl verweigert worden. Die Wähler haben über die Zukunft der Parteien mit dem Wahlzettel entschieden.

Die Wahlen wurden von den neu gegründeten Parteien und den regimefernen Kandidaten gewonnen, die Nachfolgepartei der Staatspartei behauptete sich bei der Volkskammerwahl und zog in das Parlament ein, konnte den Gang der Ereignisse aber nicht mehr beeinflussen. So saßen in der Volkskammer der DDR nach der demokratischen Wahl dort überwiegend Abgeordnete, die völlig unerfahren mit den politischen Aufgaben waren, aber sie gingen tatkräftig an die Lösung der Probleme.

Der gewählte MP de Maiziere sagte einmal sinngemäß, er und seine Kollegen seien Laienschauspieler gewesen, die sich gleich an das schwierigste Stück gewagt hätten.

Die Leistung der Männer und Frauen dieser Volkskammer ist nicht hoch genug einzuschätzen und sie haben gezeigt, dass ein frei gewähltes Parlament, aus der Mitte des Volkes gewählt, auch schwierige Aufgaben meistern kann. Der politische Neuanfang ist glaubwürdig gelungen und die deutsche Einheit entsprach dem Willen auch der DDR-Abgeordneten und des Wahlvolkes. Ich muss der Vollständigkeit halber erwähnen, dass die Nachfolgepartei der Staatspartei heute in vielen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten ist und in meinem Heimatland Brandenburg an der Regierung beteiligt ist.

In der Verwaltung stellte sich die Frage, inwieweit man mit dem alten Personal weiter arbeiten konnte. Es ging hier um Schuld, alte Seilschaften, Glaubwürdigkeit, Sicht der Opfer, innere Versöhnung und um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung im Sinne der Bürger. Ein kompletter Neuanfang mit unerfahrenem Personal wirkt im Sinne einer Erneuerung programmatisch, wird aber nicht effektiv in der Leistung sein. Ich kenne solche Beispiele aus der unteren Ebene der Landkreise wo 2 unterschiedliche Landräte dieses Modell jeweils probierten. Wir konnten bei uns in großem Umfang auf Personal aus dem Westen zurückgreifen, so dass auf Landesebene Leitungspersonal weitestgehend ersetzt wurde, allein schon aufgrund der geänderten Gesetzeslage war deren Fachwissen unentbehrlich. Diese Alternative stellt sich für Sie nicht.

Aber bei einem Sachverhalt waren alle der gleichen Auffassung: Ehemalige offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit dürfen keine weiteren Aufgaben im staatlichen Dienst wahrnehmen, auch dann, wenn sie nicht vom Gericht verurteilt sind. Diese Grundentscheidung war wesentlich für den Wandel, denn die Bevölkerung fühlte sich von der Stasi verfolgt und sie wollte nicht weiter von deren Vertretern kujoniert werden. Daher war es folgerichtig, dass nach der friedlichen Revolution die Stasi aufgelöst und deren Führungskader angeklagt und z.T. verurteilt wurden. Entscheidend für die Zukunft war, dass die Unterlagen und Spitzelberichte in rechtsstaatliche Verwahrung genommen wurden, um Opferschicksale aufzuklären und Täter zu überführen. Es hat nach meiner Auffassung wesentlich zum inneren Frieden beigetragen, dass die Schergen erkannt und den Opfern geholfen wurde.

Die Bürger wollen spüren, dass mit dem Ablösen des Regimes das Verhalten der Staatmacht gegenüber dem Einzelnen sich ändert und der Bürger ernst genommen wird. Willkür muss nachvollziehbar durch Rechtsstaatlichkeit ersetzt werden. Die

Auswahl und das Weiterbilden der Mitarbeiter und deren Bereitschaft, Veränderungen anzunehmen, waren ein Kernpunkt des Neuanfangs. Die Weiterbildung konnte mit Hilfe Westdeutschlands erfolgen. In allen Verwaltungsbereichen wurde die überwiegende Zahl der Mitarbeiter für neue Aufgaben geschult und übernommen. Besonderer Wert wurde auf die Auswahl des Führungspersonals gelegt, die ihre Mitarbeiter intensiv anleiten mussten.

So blieben z.B. in der Polizei meines Landes Brandenburg weitgehend die Polizeibeamten im Dienst, soweit sie nicht mit der Stasi zusammengearbeitet oder sich nicht anderer Vergehen schuldig gemacht hatten. Die Organisationsformen wurden geändert und Verantwortung dezentral für die Tagesgeschäfte auf die unteren Behörden übertragen. In allen Bereichen versuchten wir, die Aufgaben zu dezentralisieren, um die Verantwortungsträger vor Ort im ländlichen Raum zu stärken. Darum war es für diesen sensiblen Bereich wichtig, die Leitungsfunktionen besonders sorgfältig zu besetzen. Wir entschlossen uns dazu, als Polizeipräsidenten Männer oder Frauen mit großer Berufs- und Führungserfahrung aus Verwaltungsbereichen einzusetzen, bei denen eindeutig war, dass sie nicht mit dem alten Regime verstrickt waren. Ihre Aufgabe bestand darin, die Polizei zu führen, den Rechtsstaat durchzusetzen und bei den Bürgern durch Gespräche und den erkennbaren Neuanfang Vertrauen zu erwerben. In den oberen Polizeiverwendungen wurden häufig Beamte aus dem Westen eingesetzt; dabei musste jedoch der Eindruck vermieden werden, dass die Westbeamten die höherwertigen Aufgaben wahrnehmen und die Ostbeamten die einfachen Aufgaben erhalten. Dies war ein nicht immer einfacher Spagat. Es ging aber um einen glaubwürdigen Neuanfang. Vertrauen in die Polizei konnte nur erworben werden, wenn die Polizei rechtsstaatlich geführt wird, sich an Recht und Gesetz hält und dabei Sicherheit gewährleisten und Straftaten aufklären konnte. Der Übergang von einem totalitären System zur Demokratie darf nicht einhergehen mit Unsicherheit und Rechtlosigkeit, weil dann die Bürger das Vertrauen in Regierung und Regierungsform verlieren.

Die Justiz stellte eine besondere Herausforderung dar, galt es doch ein neues rechtsstaatliches System einzuführen und die Rechtspflege aufrechtzuerhalten. So wurden ähnlich wie bei der Polizei Richter und Staatsanwälte übernommen und fortgebildet, wenn sie nicht schuldig geworden waren – lediglich die Führungsfunktionen wurden mit Richtern aus Westdeutschland besetzt.

Alle Entscheidungen zur Justiz, Polizei oder allgemeinen Verwaltung wurden von den demokratisch legitimierten Ministern/Kabinetten auf der Grundlage von Gesetzen getroffen. Der Neuanfang durfte nicht mit Willkür oder Beliebigkeit beginnen. Wichtig war bei allen Entscheidungen die Rechtsgrundlage, die Glaubwürdigkeit und die Nachvollziehbarkeit für die Mitbürger.

Bei der Bildung neuer Verwaltungen, Polizeidienststellen ergab sich die Frage, wie mit alten Seilschaften und deren Verknüpfungen umzugehen ist. Es galt, deren Zusammenwirken zu ihrem eigenen Vorteil und Korruption zu verhindern. Darauf ist unterschiedlich reagiert worden. Ich habe z.B. durch grundlegende organisatorische Veränderungen und Schaffen neuer Strukturen Polizeibeamte in einem größeren Umfang versetzt, damit alte Abhängigkeiten beendet und einen Neuanfang unter neuer Führung ermöglicht.

Für die Mitbürger war wichtig, dass sich an den Schulen etwas ändert und die Kinder neben den Naturwissenschaften wie bisher ihre Geschichte, Literatur, Geisteswissenschaften und Philosophie ideologiefrei kennen lernen und die Grundlagen der Demokratie, die Verantwortung, die sich aus der Freiheit ergeben, gelehrt bekommen. Das Vermitteln der Grundlagen der Demokratie und das Leben in Freiheit und gemeinsamer Verantwortung waren und sind ein schwieriger Teil. Die Umstellung der Schulen von einem kommunistisch indoktrinierten System auf das in einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie war eine der schwierigsten Aufgaben. Sie dauert lange und braucht Unterstützung vieler, auch der Eltern. Auch diese Aufgabe wurde mit einer großen Anzahl ehemaliger Lehrer bewältigt – andere gab es nicht und der Nachwuchs musste erst ausgebildet werden.

Im wirtschaftlichen Bereich ging es darum, eine staatlich gelenkte und marode Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft mit geklärten Eigentumsverhältnissen zu überführen. Die östlichen Märkte des sowjetischen Handelsblocks COMECON waren wegen Zahlungsunfähigkeit weggebrochen und so mussten sich die Betriebe mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt behaupten. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit führte zu Betriebsschließungen und hoher Arbeitslosigkeit zwischen 20 und 25%. Die staatseigenen Kombinate wurden durch die eigens geschaffene Treuhand privatisiert und durch erhebliche Investitionen der neuen Eigentümer wettbewerbsfähig für den Weltmarkt gemacht. Jetzt gibt es in den neuen Bundesländern eine leistungsfähige Industrie. Die Initiativen der Handwerker und

kleinen Unternehmer konnten jetzt Früchte tragen. Mit staatlicher Hilfe wurden Unternehmungsgründungen unterstützt mit dem Ergebnis, dass wir nach 20 Jahren eine vergleichbar hohe Selbständigenquote wie im Westen haben. Der neu begründete Mittelstand und Handwerk bilden jetzt neben einigen Großunternehmen die Grundlage für die Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern – die Arbeitslosenquote hat sich mehr als halbiert und jetzt beginnen schon Facharbeitskräfte zu fehlen.

Dennoch dauerte der Übergang lange, so dass die erste Erfahrung nach der Einheit die der hohen Arbeitslosigkeit von 20-25% war. Dies war eine schwere Anfangshypothek. Daher gingen viele leistungsfähige Arbeitnehmer frühzeitig in den Westen.

Diese Abwanderung nach der Einheit hinterlässt eine schwere Hypothek bei uns im Osten, da uns jetzt in den neuen Bundesländern, wo die Wirtschaft angesprungen ist und es qualifizierte Arbeitsplätze gibt, die Arbeitnehmer fehlen. Diese Abwanderung hat auch Auswirkungen auf die demographische Entwicklung, da künftige Väter und Mütter weggezogen sind. Es wird also auch für Sie um die Frage gehen, wie Sie den jungen Menschen in dieser Zeit des Umbruchs und weltwirtschaftlichen Herausforderungen eine Perspektive geben, um zu bleiben, um am Bau des künftigen Ägyptens mitzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

rückblickend gesehen ging alles sehr schnell, aber aus der damaligen Perspektive ging vielen Bürgern der Wechsel zu langsam, weil die Menschen ungeduldig waren und nach der Wende auch die Früchte ihrer Anstrengungen gleich ernten wollten. Darum wird es entscheidend sein, eine Perspektive für die notwendigen Veränderungen und die künftige Entwicklung aufzuzeigen und die Konsequenzen zu erklären, für die es sich lohnt, sich persönlich einzusetzen. Das bezieht sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Schulen und Hochschulen sowie den Rechtsstaat und die demokratische Entwicklung. Die Mitbürger wollen Freiheit und Mitverantwortung, ihr Beitrag erst wird das Gelingen und den Aufbau ermöglichen.

Sie haben in Ihrer heutigen Konferenz die Themen in ihrer ganzen Breite vorgesehen. Dadurch wird auch die gegenseitige Abhängigkeit deutlich. Die innere Einheit und der innere Frieden sind die Voraussetzungen für die gemeinsame Zukunft, aber die

wirtschaftliche Gesundung und das Schaffen von Arbeitsplätzen sind die Grundlage der Zukunftsfähigkeit. Die außenpolitische Kontinuität und Verlässlichkeit schaffen Stabilität für die friedliche Entwicklung einer Region, die von Krisen erschüttert ist und in der die Hoffnungen vieler auf Ägypten ruhen.

Ich hoffe, dass diese Konferenz einen Beitrag zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung leisten kann und wünsche Ihnen bei Ihren herausfordernden Aufgaben den Erfolg des Tüchtigen.